



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aus Schwaben.

31. August.

Die Debatten und Beschlüsse des Abgeordnetentags haben in unsern liberalen Kreisen überall Zustimmung gefunden, um so mehr, als man in ihnen nur einen Ausdruck der politischen Gesinnung erblicken kann, welche gerade hier während der letzten Bewegungsjahre vorherrschend gewesen ist. Es fehlt zwar nicht an Solchen, welche an einzelnen Worten mäkeln, die Alles viel besser und richtiger gemacht hätten, die den „diplomatisirenden, verwaschenen, vermittlungsfüchtigen“ Charakter der Resolutionen angreifen und dem Abgeordnetentag in demselben Athem zu große Schwäche und zu große Schroffheit vormwerfen. Aber diese Leute — man kennt sie hier sehr gut — beweisen damit nur aufs Neue, wie wenig sie geneigt sind, ihre individuellen Rechthabereien und kleinlichen Nergeleien dem Zusammenwirken der nationalen Parteien unterzuordnen, das gerade im gegenwärtigen Augenblick doppelt unerlässlich ist, wie denn nur durch die in Frankfurt erzielte Einstimmigkeit die Beschlüsse die nöthige moralische Autorität erhielten, — zugleich ein hocherfreuliches Gegenstück zu der in dem Augenblicke, da wir schreiben, wie es scheint noch keineswegs hergestellten Einigkeit der Fürsten.

Die Rollen waren diesmal seltsam vertauscht. Man hätte im Voraus erwarten sollen, die schärferen Streiche gegen das österreichische Project würden von Seiten der bundesstaatlichen Fraction innerhalb der Nationalpartei geführt werden, während bei der Abneigung der süddeutschen demokratischen Kreise gegen den preußisch-deutschen Bundesstaat eher eine Geneigtheit zum Transigiren vorhanden sein werde. In der That waren mehrere süddeutsche Abgeordnete, als sie nach Frankfurt gingen, entschlossen, diesmal einen entscheidenden Feldzug gegen die „preußische Spitze“, d. h. gegen den preußisch-deutschen Bundesstaat zu thun. Die Lage Preußens schien ihnen günstig genug, eine Erklärung herbeizuführen, welche, wie sie glaubten, der Fortschrittspartei einen ausgedehnteren Wirkungskreis in Süddeutschland in Aussicht stellte. Man hatte sich in diesem Lager längst mit dem Gedanken eines Directoriums vertraut gemacht. Man gab dieser Form an sich den Vorzug vor einer einheitlichen Execution, die doch nur in Preußens Hand liegen konnte, und es lag somit der Gedanke nahe, daß gerade von hier aus eine Annäherung an das österreichische Programm erfolgen werde.

Allein es stellte sich doch in Frankfurt die Sache wesentlich anders. Nicht zum wenigsten den norddeutschen Rednern war die mildere Fassung der Resolutionen zuzuschreiben, während die unbedingte Ablehnung von der demokratischen Seite, der sich die Mehrzahl der süddeutschen anschloß, verfochten wurde. Bei jenen scheint außer dem Entschluß, bis an die Grenze der Selbstverläugnung zu gehen, die Opposition gegen das Ministerium Bismarck, mit dessen Haltung man nichts gemein haben wollte, von Einfluß gewesen zu sein, wie auf der andern Seite unstreitig die Parlamentsfrage überwog. Die letztere, die sich wieder in die beiden Unterfragen theilte, daß einmal die herzustellende Volksvertretung ein wirkliches Parlament sein müsse, und dann, daß das ganze Reformwerk nicht ohne Mitwirkung einer Nationalversammlung zu Stande kommen könne, bildete indessen zugleich den Einigungspunkt beider Fractionen. Die Debatte zeigte deutlich, daß im Grund eine ernsthafte Meinungsverschiedenheit nicht vorhanden war, die schließliche Einstimmigkeit war kein bloßes Manöver; und so ist es auch überflüssig, darüber zu streiten, ob die vom Abgeordnetentag geübte Kritik mehr eine Annahme oder eine Ablehnung bedeutete. Die Bedingungen, die an die Annahme geknüpft wurden, kommen der Ablehnung gleich.

Alein diese einseitige Betonung der Parlamentsfrage, neben welcher das Festhalten am bundesstaatlichen Princip nur in einer Parenthese Platz gefunden, hat denn doch auch ihre bedenkliche Seite, der Verzicht auf den Bundesstaat, so erklärlich er unter den gegenwärtigen Umständen ist, hat doch seine Grenzen. Gerade jetzt, da das Problem der Reform an einem andern Punkte praktisch angefaßt wird, dürfte es an der Zeit sein, wieder daran zu erinnern, daß die ganze Bewegung aus dem Einheitsbedürfnis hervorgegangen ist, daß den ersten Anstoß eine vermeintliche auswärtige Gefahr gab, und folgerichtig die ursprüngliche Forderung der Nationalpartei lautete: deutsche Centralgewalt und deutsches Parlament. Der Ruf nach dem deutschen Parlament: „so wird Euch das Uebrige Alles von selbst zufallen,“ ist nichts Neues, aus Süddeutschland ist er von jeher erhoben worden, und er hat, je consequenter die preussische Regierung sich von ihrem und dem deutschen Volke schied, auch in der Nationalpartei mehr und mehr dominirt. Aber die Hand aufs Herz, welche Vorstellung macht ihr Euch von der Wirksamkeit eines deutschen Parlaments, dem nicht ein verantwortliches Ministerium, eine einheitliche Executive zur Seite steht? Welche Enttäuschung würde dem kurzen Jubel folgen, wenn nun wirklich der Fürstentag sich zu einem aus directen Wahlen hervorgehenden Volkshaus entschlossen hätte! Ohne klar bemessene Competenz, ohne Gewähr einer Ausführung seiner Beschlüsse schwebt ein Parlament vollständig in der Luft; die Vertreter der Einheit stehen den Vertretern des Particularismus ohne organische Vermittlung gegenüber, und Alles, was von der vermittelnden, einigenden Kraft des Volkshauses gesagt wird, dient nur dazu, die eigentliche Schwierigkeit, die in der Centralgewalt liegt, zu verdecken.

Denn so ist es in der That. Die Schwierigkeit der deutschen Einigung liegt nicht in der Vielzahl der Souveränitäten; hiergegen könnte ein Directorium mit Mehrheitsbeschlüssen wohl Abhilfe treffen, sondern in dem Nebeneinanderbestehen zweier Großstaaten mit selbständiger Politik und eigenen Interessen. Diesen Dualismus kann weder ein Parlament noch ein Directorium aufheben. Wie dieses auch zusammengesetzt sein mag, aus fünf oder sechs oder sieben Stimmen, wie der Modus der Auswahl angenommen wird, ob die mittelstaatlichen Eiferfüchteleien über die kleinstaatlichen den Sieg davon tragen oder umgekehrt, es ist und bleibt die organisirte Confusion, die zum System erhobene Systemlosigkeit, deren Wirkung eine ganz unberechenbare, rein dem Zufall anheimgestellte ist.

Man pflegt die österreichischen Propositionen damit zu empfehlen, daß der neue Zustand doch wenigstens eine Verbesserung gegen den bisherigen wäre, man spricht von Abschlagszahlung, vom gegebenen Keim einer Weiterentwicklung, von einer sicherern Basis für den ferneren Kampf. Allein dies Alles gilt doch nur von der Volksvertretung, die, wie mangelhaft ihre Competenz und Zusammensetzung sein mag, doch immer die Hoffnung gewähren würde, daß ihre wachsende moralische Autorität die ihr gesetzten Schranken allmählig überwände. Aber es gilt nicht ebenso von der Centralgewalt; denn das Directorium ist noch nicht der mindeste Schritt zur Einheit. Es handelt sich hier nicht von einem Nochnutzen, das der Aussicht auf allmähliche Verbesserung der Unvollkommenheiten Raum gäbe, sondern es handelt sich hier einfach darum, daß nicht statt des richtigen ein falscher Weg eingeschlagen werde, und ein falscher Weg wäre unzweifelhaft derjenige, der anstatt zur Einheit zu führen, die Gegensätze nothwendig verschärfen müßte. Nun denke man sich aber die neue Ordnung in Activität; wie unberechenbar immer die Wirkung der Directorialregierung wäre, das Eine ist sicher, daß, wo immer eine Interessenverschiedenheit sich geltend machte, der eine Großstaat mit Hilfe seiner Verbündeten den andern Großstaat nach Kräften zu unterdrücken bemüht sein und so eine um so unerträglichere und erbittertere Reibung entstehen würde, je enger das Band, das die disharmonischen Elemente vereinigt, zusammengeschnürt werden will. Man mag

in manchen Kreisen den Moment für günstig halten, die Onno Klopp'schen Geschichtstheorien zu verwirklichen und das rebellische Preußen auf denselben Punkt zurückzudrücken, auf dem es vor dem großen Kurfürsten und dem großen König war. Der Moment wäre nicht übel gewählt, man vergäße nur das Eine: die nicht mehr so ungewöhnliche Erfahrung, daß die Versuche, den Geist der Weltgeschichte um drei Jahrhunderte zurückzuschrauben, in der Regel mit einer sehr drastischen Application der weltgeschichtlichen Gesetze auf die Urheber jenes Experiments zu endigen pflegen.

Es ist deshalb auch im Grunde überflüssig, die eventuellen Folgen einer Bundesordnung, die höchstens in Form eines Sonderbundes ins Leben treten kann, in Erwägung zu ziehen. Zunächst wird man gespannt sein müssen auf die Mittel, welche die Fürstencoalition anwenden wird, um Preußen zu seinem neuen Dmütz herbeizulocken oder zu nöthigen. Es liegt jedoch auf der Hand, daß auch, wenn zunächst nur das berühmte Schmerlingsche Wort: Wir können warten zur Anwendung kommt, doch die bloße Thatsache der Fürstencoalition Preußen und damit den deutschen Interessen unendlich schaden kann. Die nächste Rückwirkung dürfte die Zollvereinsangelegenheit erfahren. Leider hat auch in diesem Kampf das preußische Volk den Beruf, trotz seiner Regierung den preußischen Staat für bessere Zeiten zu retten. Denn das, was Hr. v. Bismarck etwa von Gegenprojecten im Schilde führen mag, um den Fürstencongreß zu pariren, kann selbstverständlich die Position Preußens nicht im Geringsten verbessern. Das preußische Volk hat somit die Aufgabe, gleichzeitig seinen Kampf gegen eine verblendete Regierung und gegen eine auswärtige Coalition zu führen. Es hat in diesem Kampf nur einen Bundesgenossen, und daß ihm dieser nicht fehlt, hat der Abgeordnetentag gezeigt. Aber es war doch ein Glück, daß der Fürstencongreß — wie einem guten Genius folgend — jede Concession im Sinn der Volkswünsche abgelehnt hat. Hätte er in der Delegirtenfrage nachgegeben, so war allerdings eine Spaltung der liberalen Parteien zu fürchten. Sie ist glücklich abgewendet. Die Partie steht klar und bestimmt: das deutsche Volk hat mit dem österreichischen Project nichts zu schaffen.

7.

Der alte und der neue Bund.

Noch liegt, während dies geschrieben wird, der Reformplan, wie er aus den Berathungen der Souveräne hervorgegangen ist, nicht vollständig vor Augen, noch sind die politischen Effecte, mit denen der Fürstencongreß beendigt wird, nicht bekannt. Aber was bis jetzt aus den geschlossenen Thüren des Rathungszimmers in das Publicum gedrungen ist, das erregt in Deutschland einen Sturm von entgegengesetzten Empfindungen: hier Trauer, daß nach funfzehn Jahren eines Kampfes um den Bundesstaat ein solcher Plan dem deutschen Volk geboten werden konnte, dort frohe Hoffnungen auf eine Neugestaltung, die jedenfalls etwas Anderes sein würde, als der bisherige Bund. Dazwischen verbreitet sich eine, wie wir gern annehmen, ehrerbietige Heiterkeit über die ersten Versuche im parlamentarischen Verhandeln, denen unsre Landesherren sich Höchstsich selbst zu unterziehen nicht verschmähen. Endlich laufen hübsche Anekdoten über die Art, wie die erlauchten Mitglieder des Congresses ihre Meinungen auszudrücken versuchen, wie klug der Kaiser die selbst-erfundene Geschäftsordnung handhabt, und — wie gut Herr v. Biegeleben zu protokolliren versteht.

Aber auch die Freude haben wir, daß wenigstens einer der deutschen Herren